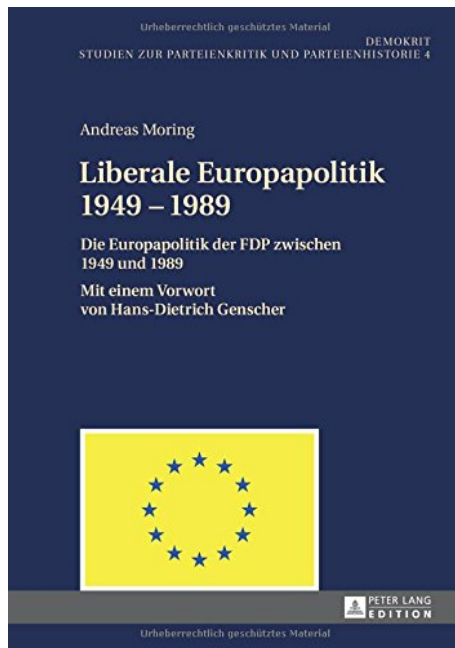


## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

### Andreas Moring: Liberale Europapolitik 1949-1989. Die Europapolitik der FDP zwischen 1949 und 1989.

Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2014 (= DemOKrit: Studien zur Parteienkritik und Parteienhistorie, Band 4), 617 S., ISBN 978-3-653-03663-3



Viel vorgenommen hat sich der Autor mit seinem Werk, das als Dissertation an der Helmut-Schmidt-Universität, vormals Hochschule der Bundeswehr Hamburg, 2012 angenommen wurde. In den ersten beiden Jahrzehnten des Untersuchungszeitraums war die FDP – von der Amtszeit Walter Scheels als Entwicklungshilfeminister abgesehen – nicht unmittelbar an außenpolitischen Aufgaben beteiligt, so dass ihre programmatischen Aussagen eher deklamatorischen Wert hatten. In den folgenden beiden Jahrzehnten verfügte sie jedoch über die Schlüsselposition des Außenministers, was die Relevanz parteipolitischer Programme nur theoretisch erhöhte. Denn der Autor gelangt zu dem Schluss, dass in Zeiten außenpolitischer Einflusslosigkeit die FDP sich intensiv mit Außenpolitik befasste, während sie sie in Zeiten eigener außenpolitischer Verantwortung partiintern nachrangig behandelte.

Die Darstellung weist aus, wie schwierig die europäischen Integrationsprozesse hin zu einer europäischen Union waren, die bis heute nur nominell verwirklicht ist. Streitpunkte waren etwa die gemeinsame Agrarpolitik, die gemeinsame Außenpolitik, die Handelspolitik, die Einrichtung einer Europäischen Zentralbank, die Wirtschafts- und Währungsunion. Der mühsame Kampf um die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments, das auch nach der Einführung der Direktwahl 1979 in der Machtlosigkeitsfalle saß, ist nur ein Aspekt der Politik der kleinen Schritte. Die Einheitliche Europäische Akte von 1986 umriss größere Perspektiven, die über den Untersuchungszeitraum hinausreichen, wobei die völkerrechtliche Frage der Verbindlichkeit der Akte in der Darstellung uneinheitlich aufgefasst wird (S. 484 f., 520).

Die sieben chronologisch geordneten Hauptkapitel sind, von den unterschiedlichen Überschriften abgesehen, im Wortlaut identisch untergliedert. Auf eine sehr kurze Einleitung folgt jeweils die Entwicklung der europäischen Integration, die Europapolitik der FDP, unterteilt in die Entwicklung der FDP und die europapolitischen Ziele und Initiativen der FDP, abgeschlossen jeweils von einer Zusammenfassung. Mit diesem Verfahren lässt der Autor den Leser an seinen Mühen der Stoffbewältigung teilnehmen, was kein Vergnügen ist, weil Aspekte in verschiedenen Unterkapiteln mehrfach wieder aufgegriffen werden und weil der Autor nacheinander Papiere, Reden und sonstige gleichartige Äußerungen einzeln durchgeht. Mit beiden Vorgehensweisen mutet er dem Leser redundante Wiederholungen zu. Die recht kompakt formulierten Zusammenfassungen der Kapitel entschädigen für die Mühsal der langatmigen Lektüre.

Dabei hat, wie der Autor zeigt, die Europapolitik der FDP keineswegs eine einheitliche Entwicklung genommen. Denn in den ersten Jahren der Bundesrepublik unterstützte sie die westeuropäische Orientierung der Bundesregierung in Form der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) trotz ihres wirtschaftlichen Protektionismus, während sie

sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nationalistisch positionierte, als es um die Saargebietes und den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO ging. Die Wiedereingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik betrieb die FDP im Sinne eines ersten Schrittes zur Wiedervereinigung, die nach ihrer Auffassung auch die DDR und die ehemaligen Ostgebiete umfassen sollte. Den Beitritt zur NATO betrachtete sie als Chance zur Gewinnung größerer nationaler Souveränität. Die europapolitische Position der FDP schwankte, sofern es um die Westverträge ging, zwischen Föderation und Konföderation. Dass die FDP sich gegen eine wirtschaftsprotektionistisch agierende EWG positionierte, die mächtige Exekutivinstitutionen bei mangelnder demokratischer Kontrolle vorsah und wichtige westeuropäische Staaten zunächst ausschloss, für Osteuropa jedoch keine Perspektiven eröffnete, lässt sich zwar nachvollziehen, beweist aber andererseits, wie die Partei sich gegenüber einer strategischen Entscheidung der übergroßen Bundestagsmehrheit von regierender CDU/CSU und oppositioneller SPD ins Abseits manövrierte, aus dem sie wieder herausfinden musste.

Der Autor weist die Bedeutung des Berliner Mauerbaus und der Kuba-Krise für die Wandlung der Grundeinstellung der FDP hinsichtlich einer größeren Akzeptanz der EWG nach, während Initiativen zu einer flexibleren Politik gegenüber der Sowjetunion schon in den 1950ern gestartet wurden. Unter dem wachsenden Einfluss der Reformer trat die FDP realpolitisch zunehmend für strukturelle und wirtschaftspolitische Reformen der EWG ein, die von 1969 an über zwei Jahrzehnte des Untersuchungszeitraums von Außenministern aus den Reihen der FDP verantwortet wurden. Den hier zugleich offenbar werdenden Stilwandel des Bundeskanzlers gegenüber dem kleinen Koalitionspartner hätte der Autor auch explizit verdeutlichen sollen. Während für die FDP und die Koalitionsmehrheit die enge Zusammenarbeit in der sozialliberalen Koalition überlebenswichtig war, hatte Adenauer seine Koalitionspartner im Sinne der Kanzlerdemokratie vor die Wahl gestellt, seiner Politik einschließlich der Außenpolitik zu folgen oder, wie 1956 geschehen, aus der Regierung auszuschneiden. Die Feinabstimmung der sozialliberalen neuen deutschen Ostpolitik mit den westlichen Partnern, die in das Projekt der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mündete, diente perspektivisch einer gesamteuropäischen Zielsetzung. Für die Beendigung des Untersuchungszeitraums 1989 gibt es kaum ein Argument, es sei denn die Wahl zum Europäischen Parlament, in das die FDP nach einer Vakanz wieder einziehen konnte, oder den Zusammenbruch der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa mit der Folge der deutschen Wiedervereinigung, worauf auch die Weiterführung der Datenübersicht bis zum Zwei-plus-vier-Vertrag hindeutet. Der Anhang hält eine nützliche tabellarische Übersicht über die europapolitische Programmatik der FDP von 1949 bis 1989 bereit.

Über die störenden Redundanzen hinaus, deren erstes Symptom die Identität von Buchtitel und Untertitel mit Ausnahme des Attributs ist, weist die Untersuchung weitere Probleme auf. Grundsätzlich scheint der Autor misstrauisch hinsichtlich des Überblicks der Leser, wenn nicht seines eigenen Überblicks zu sein. Denn nach einer ausführlichen wissenschaftlichen Einführung überrascht er mit einer 20-seitigen Datenliste, die man eigentlich im Anhang erwartet hätte. Sie bricht mitten im Satz ab. Der Autor holt weit aus bis ins 19. Jahrhundert, um die Europavorstellungen der Liberalen vor Gründung der FDP historisch einzuordnen, spart allerdings die unmittelbare Vorgeschichte der Nachkriegszeit, die nationalsozialistische Diktatur, aus, in der die Europaideen und -pläne des liberalen Exils und der liberalen Widerstandsgruppe Robinsohn-Strassmann entwickelt wurden. Dabei wäre gerade die Frage, welchen Widerhall die gegen die nationalsozialistische Hegemoniepolitik gerichteten liberalen Europakonzeptionen in der Programmatik und Politik der FDP fanden, von Interesse gewesen.

Im Fall des Politikers Wilhelm Heile, der jahrzehntelang liberalen Parteien verbunden war, fällt auf, dass der Autor ihn auch nach seinem Wechsel von der FDP zur Deutschen Partei als führenden Liberalen bezeichnet, als sei die neue parteipolitische Orientierung irrelevant. Die programmatischen Aussagen der überparteilichen Europa-Union, die eine Vordenkerfunktion ausübte, werden allerdings zu Recht immer wieder als Bezugspunkte gewählt.

Während der Schreibfehler einer "Feien Demokratischen Parte" (S. 55) als einer von vielen Flüchtigkeitsfehlern mit unzureichendem oder fehlendem Lektorat erklärt werden kann, lassen andere Fehler Zweifel aufkommen, inwiefern die Stoffmenge überzeugend bewältigt wurde. Der jahrzehntlang prominente nordrhein-westfälische FDP-Politiker Willi Weyer wird konsequent falsch als Willy Weier verschrieben. "Dietrich" Middelhaue (S. 190) heißt tatsächlich Friedrich. Im engeren Kreis der FDP-Reformer in den 1960er Jahren nennt der Autor einen ansonsten unbekanntenen Wolfgang Friedrich. Den vormaligen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler lässt er unbeeindruckt von dessen Tod sich gegen die Hinwendung der FDP zur SPD im Kontext der Bundestagswahl 1969 positionieren, doch er verortet Dehler "spätestens 1969" (S. 321) posthum ebenfalls unter den FDP-Reformern.

Ärgerlich sind desöfteren ungenaue Zitatnachweise ohne Seitenangaben. Das Register überrascht weniger durch die sehr selektive Zusammenstellung von Namen, in die beispielsweise nicht einmal der von der FDP gestellte EU-Kommissar Guido Brunner aufgenommen wurde, als vielmehr durch die Beschränkung auf die Familiennamen, was im Fall der FDP-Vorsitzenden unerheblich, im Fall eines Schmidt (Carlo Schmid? Helmut? andere?) aber ein Desiderat ist. Eine Überprüfung marginalisiert dieses Problem, da die Seitennachweise durchweg unbrauchbar, weil falsch sind.

Die Häufung der Unsicherheiten und Fehler lässt dem Nutzer der Arbeit eine Überprüfung der Angaben im Zweifelsfall ratsam erscheinen. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach dem Sinn des Verzichts von Verlag und Herausgebern auf ein zeithistorisches und germanistisches Lektorat.

Solingen

Horst Sassin

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net